Flugschriften für christliche Politik und Kultur.
Heft 1

Religion Konfession Politik

Ein politisches Glaubensbekenntnis.

Von

Prof. D. Karl Dunkmann.

*

Verlag C. B. Groß, Berlin SW. 48,
Friedrichstr. 225

Helene Meyer

Religion Konfession * Politik

Ein politisches Glaubensbekenntnis.

Von

Prof. D. Karl Dunkmann.

1919.

Verlag C. B. Groß, Berlin SW. 48
Friedrichstraße 225.

Der Verfasser ist sich bewußt, daß sein „politisches Glaubensbekenntnis“, zu dessen Veröffentlichung die ihm widerfahrenen Angriffe nicht zum wenigsten beigetragen haben, mancherlei Lücken und Fragen offen läßt, deren Behandlung auf literarischem Wege und in offener Aussprache erforderlich ist.

Aus diesem Grunde und angesichts des tiefen Ernstes der Stunde ist es doppelt notwendig, daß alle, welche Anregungen und Fragen auf dem Herzen haben, sich zu gemeinsamem Gedankenaustausch zusammenfinden. Möge die vorliegende Schrift dazu den Anstoß geben!

Berlin NW. 7.

Der Verfasser.

Archiv der sozialen Demokratie
Bonn
Bibliothek
A 84-3441

1. Kapitel.

Religion und Politik.

Es tut jetzt unserem Volke nichts so sehr not, als eine Klärung in den Grundbegriffen und Zielen des politischen Denkens und Wollens. Ist doch jetzt unsere Politik, zu der wir alle, Mann oder Weib, aufgerufen werden, dazu bestimmt, unser zusammengebrochenes Vaterland wieder aufzurichten und aufzubauen. Wie aber könnten wir es aufbauen, wenn wir nicht bestimmte klare Ziele oder Pläne vor Augen hätten? Und wie könnten wir solche Pläne und Ziele aufstellen, wenn nicht die Grundbegriffe unseres politischen Denkens aufgeklärt würden? Solchen Dienst der Aufklärung will die vorliegende Schrift zu bieten versuchen. Man nehme sie unbefangen in die Hand, wie sie geschrieben worden ist. Man prüfe den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen an nichts anderem, als an den Tatsachen, die uns umgeben, und an der Logik, mit der wir sie verbinden.

Suchen wir zuerst klarzustellen, was es um das Wesen und die Aufgabe der Politik sei. Nicht um ein Wort handelt es sich, das der eine so, der andere so definiert, sondern um eine bestimmte Sache. Es gilt den Wiederaufbau unseres zerstörten Landes und Staates. Nach außen und nach innen ist das Zusammengebrochene wieder aufzurichten, ja bis ins Allerinnerste des Volkslebens hinein muß der Neubau reichen. Alle Tätigkeit und Arbeit, die dazu dient, nennen wir Politik. Die Arbeit ist eine unmittelbar praktische, aber sie umfaßt Kopf und Herz, Leib und Seele. Sie ist sowohl ernsteste Kopfarbeit, wie Tat des Willens und tiefste Empfindung des Gemütes zugleich. Das Gebiet solcher Politik ist weltenweit. Kein Gebiet physischen oder geistigen Lebens, kein Gebiet, auch im Organismus des Volkslebens, es sei wirtschaftlicher, kultureller oder staatsrechtlicher Natur, ist von dieser Politik ausgeschlossen. Derjenige hat die Politik am tiefsten, am umfassendsten und darum

am richtigsten verstanden, der sie in ihrer ganzen Weite und Ausdehnung von der äußeren Politik an bis zur inneren und bis zur allerinnersten aufgefaßt hat. Derjenige aber deutet sie willkürlich, der einen Teil aus dieser politischen Gesamtarbeit herausnimmt und diesen als das Ganze behandelt.

Vergegenwärtigen wir uns unsere Lage! Der Zusammenbruch, den wir erlebt haben und gegenwärtig noch erleben, ist ein furchtbarer; seine Intensität, seine Tragweite ist noch nicht abzusehen. Klein, unmerklich, aber für Eingeweihte erschütternd, hob er an, damals als an der Westfront unsere vordringende Heeressäule zum Stillstand kam und den ersten Rückzug antrat. Ihm folgte rapide, aber mit erschütternder Präzision der Zusammenbruch der ganzen Front und damit des militärischen Machtsystems. Darauf folgte a tempo der Zusammenbruch der Reichsverfassung, die Abdankung des Kaisers und aller Bundesfürsten. Und nun war die „Revolution" da. Alsbald folgte der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens, das sich während des Krieges mühsam behauptet hatte. Grausame Waffenstillstandsbedingungen beschleunigten diesen Prozeß. Dann schlug gleichzeitig die unheilvolle, rote Flamme nach innen und schuf hier ein geistiges Durcheinander. Die Nation, erschöpft und verwirrt, gab alles preis, was sie bis dahin verehrt und angebetet hatte. Ihre Kulturideale, ihr Rechtsgefühl, ihr sittliches Bewußtsein, ihr religiöser Glaube schwanden. Dann stand das Gespenst des „Bolschewismus" vor uns, dieser zur politischen Methode erhobene Wahnsinn. Aber in diesem Augenblick setzte eine Gegenbewegung ein. Der Wahlkampf zur Nationalversammlung machte dem Auflösungsprozeß vorläufig ein Ende.

Aber was soll nun werden? Fragen wir einmal die Parteien, was nun werden soll. Auf der Linken stehen zwei Gruppen, verwandt wie zwei Brüder, aber gegenwärtig bis auf den Tod verfeindet. Das sind die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten. Sie glauben, daß die Stunde geschlagen hat, in der ihr „Zukunftsstaat", den sie lange Jahrzehnte erträumt haben, hereinbricht. Die alte Welt sei für immer geschwunden. Auf den Trümmern des Alten soll eine völlig neue Welt errichtet werden. Und das soll eine Welt der Arbeit sein, in der der „Arbeiter" König ist. Dabei unterscheiden sie sich wesentlich nur durch die Methode, mit der sie

den Zukunftsstaat verwirklichen wollen. Die Unabhängigen wollen die Methode der Gewalt. Die Stunde müsse ausgenutzt und der Widerstand des Bürgertums gewaltsam gebrochen werden. In allen Ländern müsse die rote Fahne gehißt werden, ehe die Welt sich wieder in den alten bürgerlichen Gleisen zurechtfindet. Die Mehrheitssozialisten sagen dagegen, die Methode der Gewalt sei es nicht, sondern die Methode der ruhigen Entwicklung der Dinge. Ganz von selbst und von innen heraus gehe der Prozeß der Entwicklung zum Zukunftsstaat vor sich. Mit Gewalt erreiche man nichts anderes, als nur Trümmerhaufen.

Beide Anschauungen wurden ursprünglich in derselben Partei vertreten und der große Theoretiker der Partei, Karl Marx, hat sie selber beide verwertet. Denn er predigte sowohl die Lehre vom Klassenkampf und Klassenhaß, der mit Gewalt sein Ziel erreichen müsse, als auch die Lehre von der selbstverständlichen Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens zum sozialistischen Staat. In dem Augenblick aber, wo die Sozialdemokratie zur Herrschaft kam, spaltete sich die Partei ganz naturgemäß nach den beiden Seiten dieser widerspruchsvollen Lehre. Und so wird es immer sein und bleiben. Darin liegt die Unfähigkeit dieser Partei zur Regierung begründet, wie sie dies jetzt bewiesen hat. Denn als regierende Partei wird sie notwendig die Gewaltmethode verleugnen müssen, und diese wird dann selbstverständlich durch eine Sondergruppe aufrechterhalten werden.

Gehen wir weiter zu den anderen, den bürgerlichen Parteien. Das „Bürgerliche" liegt darin enthalten, daß man hier Anschluß und Wiederanknüpfung an das alte System nach irgendeiner Seite sucht. Der Sozialdemokratie am nächsten steht die demokratische Partei. Was ist ihr Wollen und Streben? Sie will in erster Linie das niedergebrochene moderne Wirtschaftsleben wieder aufbauen. Sie will nicht ein absolut neues Gebilde, ein Traumland schaffen, sondern sie will aus dem, was zusammengebrochen war, das nach ihrer Meinung Wertvollste und Wichtigste herausnehmen und neu herrichten. Sie will aber dies Wirtschaftsleben auf eine bessere politische und verfassungsgemäße Unterlage stellen. Das ganze Volk soll diese Basis sein, nicht mehr wie früher ein Obrigkeitsstaat mit militärischer Spitze.

Diesen Demokraten schließen sich die Deutschen Volksparteiler an. Ihre Absicht geht auf etwas anderes, wenn schon auch sie den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens mit im Auge haben. Aber ihr Augenmerk ist viel mehr der geistige Gehalt der modernen Kultur. Man kann sie die Partei der Intelligenzen nennen, denen es darauf ankommt, aus dem Schutthaufen der Revolution die hohen Güter und Ideale der deutschen Kultur mit Einschluß der sittlichen Kräfte zu sammeln und wieder aufzurichten.

Endlich begegnet uns die Partei auf der äußersten Rechten. Sie will nach Möglichkeit das Ganze, das zusammengebrochen ist, wiederherstellen und will es als neue deutsche Nation, als „Staat" wieder aufrichten, möglichst so, wie es gewesen ist. Sie will dabei die nach ihrer Meinung nur geringen Fehler des alten Systems vermeiden. Sie will auch mithelfen, daß in Zukunft das Volk selbst seine Geschicke bestimmt und nicht durch eine dünne Oberschicht mehr allein regiert wird. Es ist auch ihr aufrichtiger Wille, daß in diesem Neubau Kirche, Schule und Haus auf ihrem alten Platze bleiben und möglichst gekräftigt werden. Aber alles in allem ist es das Reich, der Staat, als Wohlfahrtsstaat oder Kulturstaat oder Nationalstaat, wie man ihn nennen will, den sie wieder errichten will, damit er im Zusammenhang der Völker nicht ein wehrloses Opfer der anderen wird.

Die Politik der Parteien, die damit vor uns steht, ist eigentümlich unterschieden durch die Ziele, die sie verfolgt. Woher mag die Verschiedenheit dieser Ziele kommen, worin mag es seinen Grund haben, daß die einen dieses, die anderen jenes Ziel ins Auge gefaßt haben?

Uns dünkt, die Antwort ist nicht schwer. Der Arbeiter zunächst sieht die Welt von seinem Standpunkt an. Das klassenbewußte Proletariat, das sich solange als unterdrückt und „versklavt" gefühlt hat, will jetzt und glaubt jetzt zur Herrschaft berufen zu sein. War es ehedem durch rohe Gewalt der Stärkeren und durch die Ungerechtigkeit der ganzen Gesetzgebung nach seiner Meinung unterjocht, so soll jetzt einmal der Spieß umgedreht werden. Jetzt haben sie die Macht und die Gewalt in der Hand. Jetzt wollen sie der Welt diktieren, was Gerechtigkeit, was soziale Ordnung ist. Ihre ganze Weltanschauung ist Glaube an die Macht. Die Arbeitermasse hat

sich als die größere Macht erwiesen. Macht regiert allein die Welt. Es ist die Weltanschauung der modernen Naturwissenschaft des Darwinismus, die vom Recht des Stärkeren im Kampf ums Dasein spricht, die hinter der Politik der Sozialdemokratie lauert. Hand in Hand mit dieser Weltanschauung geht der Haß gegen die Religion oder doch zum mindesten die Ablehnung aller Religion.

Der Demokrat hingegen steht auf dem Boden des selbstgefälligen Bürgertums, das durch seinen Privatfleiß, durch sein wirtschaftliches Streben vorwärts gekommen ist. Seine Weltanschauung ist der Glaube an die Tüchtigkeit des einzelnen. Wer nur arbeiten will und einigermaßen etwas gelernt hat, kann auch seinen Platz unter der Sonne erkämpfen und behaupten. „Freie Bahn dem Tüchtigen" muß die Losung lauten. So nur wird das Wirtschaftsleben wieder aufgebaut und die Welt kommt alsdann wieder zu Ruhe und Ordnung. Es soll eine bürgerliche Welt werden, in der nicht mehr die Unterschiede des Standes und der Geburt gelten. Zwar die Unterschiede von reich und arm lassen sich nicht beseitigen, und wer den schwersten „Geldsack" hat, der wird König sein. So hat auch diese Theorie ihre eigentümliche Kehrseite. Es ist die Theorie des schrankenlosen Individualismus, die es jedem einzelnen nach seinem freien Ermessen überläßt, wie er seinen Weg richtet.

Dem gegenüber steht hinter dem Programm der Deutschen Volkspartei die vergeistigte Weltanschauung des deutschen Idealismus. Sie hat schon mehr Sinn für die Gemeinschaftskräfte, zumal auf dem Gebiete der Geisteskultur. Immerhin bleibt auch ihr erstes Dogma die Unabhängigkeit und Freiheit der einzelnen Persönlichkeit, die lediglich vor dem Forum ihres eigenen Gewissens verantwortlich bleibt.

Am meisten zusammengesetzt dürfte die Mentalität der Deutschnationalen erscheinen, in der sich alle diejenigen zusammenfinden, deren äußere und innere Existenz mit dem alten System eng verbunden gewesen war. Von den verabschiedeten Offizieren und Regierungsbeamten, bis herab zu der Menge der kleinen Beamten und Pensionäre, die durch die spartakistischen Unruhen erschreckt wurden. Daneben gesellen sich zu ihnen die Altkonservativen, die Agrarier, und endlich in nicht geringer Zahl auch ernst gerichtete, gläubige evangelische Christen, deren vornehmste Sorge die Erhaltung der christlichen Religion im Volke ist.

Wir sehen, es sind verschiedene Weltanschauungen, verschiedene Menschen mit ihnen, die hinter den so verschiedenen Parteien und ihren Programmen stehen und es ist für den einzelnen wahrlich nicht immer leicht, sich diejenige Gruppe auszusuchen, die ihm am verwandtesten erscheint. Die meisten lassen sich nach gesellschaftlichen Beziehungen leiten, andere von einem gewissen Instinkt, über den sie sich selbst nicht Rechenschaft ablegen können. Bei vielen wirkt auch ein zufälliger Umstand unberechenbar mit, so daß der Ausfall der großen Wahlen sehr oft die genauesten Berechnungen zuschanden gemacht hat.

Bei dieser Lage der Dinge müßte man nun doch die Frage erheben, ob es denn nicht möglich wäre, eine Partei zu bilden, welche weder einen völligen radikalen Neubau erstrebte, noch auch einzelne Bestandteile der vergangenen Reichsherrlichkeit auf den Schild erhebt, endlich auch nicht das Ganze wieder auferstehen lassen möchte, sondern vielmehr eine Partei, welche die edelsten und besten Kräfte der deutschen Nation zusammenruft und sucht, um mit diesem Material der besten Kräfte aus allen Ständen, Schichten und Parteien etwas Neues zu bilden, dessen programmatischer Ausbau im einzelnen vorerst noch der Zukunft überlassen bleiben mag. Hauptsache wäre zunächst, daß man die tüchtigsten Menschen habe. Diese werden schon in jedem Augenblick die geeigneten Maßnahmen, Ziele und Pläne finden. Eine solche Partei würde ebenso gut das Beste aus der Vergangenheit heraus retten, als sie jederzeit bereit ist, ein völlig Neues zu schaffen. Sie würde ebenso sehr dem Arbeiter und seinen Bedürfnissen entgegenkommen, wie den Bedürfnissen des Staates bezüglich seiner Verfassung und Verteidigung. Sie würde nicht weniger den wirtschaftlichen Problemen ihr Auge zuwenden, wie den Kulturproblemen. Die Hauptsache aber wäre ihr, daß sie die sittlich ernsten, selbstlos hingebenden Männer und Frauen in ihre Reihen versammelte und in dieser Beziehung sich nur mit ganz zuverlässigen, unbedingt vertrauenswürdigen Menschen ausrüstete.

Es kann keine Frage sein, daß wir uns damit an diejenigen Elemente des deutschen Volkes wenden, die eine ausgesprochene positive Stellung zur Religion, speziell zur christlichen Religion haben. Ist es doch geradezu die praktische Bedeutung dieser Religion, daß sie der Moral, der Sittlichkeit, die so notwendige unentbehrliche Grundlage verleiht, ohne welche diese einem ohnmächtigen Idealismus verfällt. Das Christentum greift aber die „Sünde", d. h. die Unmoralität an und ist allein im Besitz gewaltiger Mittel, sie zu überwinden. Kein Mensch, der diese Religion kennt, wird es bestreiten, daß es ihre Eigentümlichkeit ist, den Menschen selbst zu läutern, zu bilden, zu heben.

Wir stehen damit vor der Tatsache der Religion innerhalb der Politik. Wir brauchen die Religion in der Politik deswegen, weil wir nur mit ihrer Hilfe die Menschen bekommen, welche Politik treiben können. Wenigstens eine Politik, die aufs ganze geht, benötigt Menschen, die selbst ein Ganzes sind, eine geschlossene Persönlichkeit, wie sie nur durch die Religion zustande kommt. Damit ist zwar eine unzertrennliche Verbindung zwischen Religion und Politik hergestellt, aber die Religion ist immerhin noch nicht Gegenstand der Politik selbst. Sie steht nur als treibendes Element im Hintergrund und wirkt durch das Medium der Einzelpersönlichkeit. Diese Einzelpersönlichkeit kann und muß ihr religiöses Erlebnis für sich bewahren und ist noch nicht genötigt, es unmittelbar selbst als politische Forderung zu begreifen.

Allein die Bedeutung der Religion für die Politik ist damit keineswegs erschöpft. Von derselben Wichtigkeit ist die andere Seite, die der Religion eignet, durch die sie nicht nur die einzelne Persönlichkeit vertieft und vollendet, sondern dadurch sie das Gemeinschaftsleben der Menschen ebenso vollendet und abschließt. Ist Religion subjektiv der tiefe Brunnen, aus dem jeder einzelne Mensch „ewiges Leben" schöpft, dann quillt dieser Brunnen notwendig auch für unser Gemeinschaftsleben als unentbehrliche Heilquelle. Ist ein einzelner Mensch ohne Religion, geistig angesehen, nur ein Torso, dann ist auch ein Gemeinschaftsleben ohne Religion nichts weiter, als nur ein Torso.

Daß nun Religion nicht bloß persönbildend, sondern auch gemeinschaftsbildend ist, wird von denen verkannt, die sie als Privatsache ausgeben, d. h. die sie nur nach ihrer persönbildenden Seite betrachten. Allein es versteht sich ganz von selbst, daß alles dasjenige, was die einzelne Person unmittelbar und unabweislich an-

geht, auch für das Gemeinschaftsleben unentbehrlich sein muß. Ist die Religion für mich personbildend, so ist sie es auch für andere; dann wird eine Gemeinschaft vollendeter Persönlichkeiten nur auf dem Boden der Religion möglich sein. Aber eine Gemeinschaft, die davon Abstand nimmt, wird immer nur an der Peripherie, an der Oberfläche bleiben.

Daher war auch nie ein Volk ohne Religion, weil nie ein Volk existierte und existieren kann, das nicht danach strebt, wirkliche, lebendige Gemeinschaft darzustellen. Und je urwüchsiger, je naiver oder auch je kulturloser ein Volk ist, umso lebendiger ist die Religion, weil diese nunmehr das einzige Element seines Gemeinschaftslebens bedeutet. Es liegt nicht so, wie moderne Geschichtsphilosophen und Literaten so gern behaupten, als sei die Religion nur ein anfänglicher und kümmerlicher Ansatz zur oder gar Ersatz für die „Kultur", und als sei es ganz selbstverständlich, daß mit der Entwicklung dieser Kultur die ursprüngliche religiöse Gemeinschaft zurücktrete. Die so urteilen, wissen weder die wahre Bedeutung der Religion, noch die Grenze der Kultur abzuschätzen. Nur zu sehr freilich macht sich eine Kultur breit, die sich mit oberflächlichem Gemeinschaftsleben, genauer mit „Interessengemeinschaft" begnügt. Das ist die Kultur, die auf der einen Seite „differenzierend" wirkt, und auf der anderen Seite „uniformierend" oder „sozialisierend". Es ist der Fluch der Kultur, daß sie die Menschen zertrennt, isoliert, und daß auf der anderen Seite die Gegenbewegung immer nur auf äußere Uniformierung hintreibt. In der Differenzierung erstrebt und erreicht die Kultur zwar in gewissem Sinne die geistige Ausbildung der Einzelpersönlichkeit. Sie wirkt idealistisch und hier tritt sie tatsächlich in Konkurrenz mit der Religion. Allein der Typus „Mensch", den die Kultur hier schafft, ist tatsächlich nur der isolierte Mensch, der den Boden der Gemeinschaft verloren hat und der in seiner geistigen Höhe und Einsamkeit an den unglücklichen Wandersmann in Sils-Maria erinnert. Hier wird die wahre Gemeinschaft mit den Mitmenschen bewußtermaßen abgelehnt und die religiöse Moral gilt als Herdenmoral oder gar als Sklavenaufstand in der Moral, als Ressentimentsmoral. Man muß es sich klar vor Augen stellen, daß eine Kultur niemals und wenn sie noch so hoch steht, die Religion ersetzen kann. Echte Kultur wird immer wieder auch auf Gemeinschaftsleben, zumal auf völkisches, hindrängen. Dann aber wird sie die Religion als Bundesgenossin herbeirufen, wo und wie sie nur kann. Falsche Kultur dagegen wird die Religion abstoßen in ihrem Wahn, als trete sie jetzt an deren Stelle, als seien die alten Heiligtümer durch die Werke der Menschen abgelöst, als schaffte der Mensch jetzt den Gott, den er anbetet, selbst. Immer wieder wird solche Kultur einen Zusammenbruch erleben, wie wir ihn jetzt erlebt haben. Und für den tiefer Blickenden ist es gar keine Frage mehr, daß der innerste Grund dieses Zusammenbruches, den wir als „Revolution" zu bezeichnen pflegen, in der Zerfahrenheit und Religionslosigkeit der früher so hochgerühmten „modernen Kultur" begründet liegt. Wollen wir jetzt dem Volke eine wirkliche und keine Scheinkultur schaffen, dann müssen wir die Religion als Fundament hineinbeziehen. So nur wird das Haus auf Felsen stehen und nicht auf Sand. Dann aber ist diese Religion unmittelbar in ihrer gemeinschaftbildenden Bedeutung Gegenstand der Politik.

Wir fordern also als erstes und wichtiges Stück in unserem Programm die religiöse Wiedergeburt unseres Volkes. Darin liegt uns alles beschlossen. Wir brauchen nicht daneben oder gar vorangestellt, wie von Rednern der äußersten Rechten jüngst in Weimar betont wurde, „die sittliche und die nationale Wiedergeburt", so daß die religiöse erst an dritter Stelle angeschlossen würde. Für uns liegt in der religiösen Wiedergeburt die nationale und sittliche eingeschlossen. Wir betrachten es direkt als ein Merkmal des unbestimmten, verschwommenen Idealismus, wie er der vorrevolutionären Kulturepoche eigentümlich war, daß überhaupt eine Vielheit geistig sittlicher, nationaler und religiöser Idealismen in zusammenhangloser Weise aufgestellt und angestrebt wurde. Es gibt für uns neben der Religion als grundlegender, innerlich erneuernder person- und gemeinschaftsbildender Größe nur noch die Kultur als das Arbeitsfeld der Menschheit, die berufen ist, „die Erde sich untertan zu machen".

Unser Volk dürstet nach wahrem Gemeinschaftsleben. Es schmachtet förmlich in seiner politischen Erregung nach einer solchen politischen Gesinnungsgemeinschaft, die mehr ist als eine Gemeinschaft verstandesgemäßer, kautschukartiger „Grund-

sätze". Es schmachtet unter dem Sonnenbrand religionsloser Lebensanschauungen, die den fruchtbaren Boden des Volkes ausgetrocknet, versteinert und zerrissen hat. Der religiös lebendige Mensch sucht, wie der Prophet, die Volksgemeinschaft und er klagt: „Sie gehen alle in der Irre wie Schafe, ein jeglicher sieht auf seinen Weg." „Ihn jammert des Volkes," wie von dem Gottessohn geschrieben steht, denn er sieht es „zerstreut wie die Schafe, die keinen Hirten haben".

Den Politikern ohne Religion oder den Politikern mit dem Auch-Religionsprogramm fehlte das letzte und tiefste Motiv der Politik, die Liebe zum Volk. Sie haben wohl Ideale staatlicher, nationaler, wirtschaftlicher Art, aber Ideale lassen bekanntlich meist kalt. Es kann eine hochgetriebene idealistische Politik sein, die ohne alle Gemütswerte ist. Oder ist es etwa ein Zeichen von wirklicher Liebe zum Volk, daß man sich, obschon noch so fleißig, um „Brot und Lohn" des Volkes bemüht? Die Liebe einer Mutter erschöpft sich damit nicht, daß sie den Kindern täglich Brot darreicht, sie vollendet sich erst darin, daß sie die Gemeinschaft an sich pflegt als höchstes Gut. Solche Gemeinschaft hat weiter keinen höheren Zweck über sich, sie will sich nur selbst haben. Liebe zum Volk kommt zur Ruhe in der Gemeinschaft mit dem Volk. Sie will nichts anderes, als daß dieses Volk, das jetzt so zerrissen ist, sich selbst wiederfindet. Wer darum sein Volk wirklich lieb hat, führt es zu den Brunnen zurück, die nicht löcherig sind, wie der Prophet sagt, sondern die Wasser geben.

Es ist also gar nicht anders möglich, Politik muß unmittelbar aus Religion hervorgehen, muß Religion als ihre höchste Autorität und Quelle aller Grundsätze und Forderungen betrachten. Ein Politiker wird ohne Religion niemals zu dem Ziel kommen, das unbedingt in aller Politik erreicht werden muß, zu dem Ziel einer völkischen Gemeinschaft.

Wie also ein Politiker ohne Religion nicht zum Ziele kommt, so auch ein religiös lebendiger Mensch nicht ohne Politik. Zwar gibt es besonders im Protestantismus genug solcher seltsamen Heiligen landauf und landab, die aufs peinlichste Religion und Politik auseinanderhalten. Man schützt sein „religiöses Erleben" wie eine Treibhauspflanze und wundert sich, wenn diese nicht gedeihen will,

nicht Blüten und Früchte trägt. Man sagt, man wolle sein Heiligtum, nach den Worten Jesu, nicht den Hunden geben und seine Perlen nicht vor die Säue werfen. Ja, sind denn die Glieder unseres Volkes Hunde und Säue? Und sandte Jesus seine Jünger nicht hinaus „zu den verlorenen Schafen vom Hause Israel"? Oder waren Israels Propheten nicht Politiker größten Stils? Nicht Politik verdirbt den Charakter, aber schlechte Charaktere verderben die Politik. Aber, so wirft man ein, das sei der Unterschied vom alten Testament, daß Jesus die Religion auf die Einzelseele bezogen habe; nur die Seele in ihrem unendlichen Wert habe er gesucht und sich bemüht, sie zu Gott zu bringen. Allein, hat er etwa alle diese Seelen, die denselben gleichen höchsten Wert gefunden haben, nicht in einer Gemeinschaft des „Reiches Gottes", der „Liebe" vereinigt? In einer „Gemeinde", an der die Welt genesen soll? Gewiß, jede Gewaltpolitik hat er abgelehnt, denn er wußte, „daß die weltlichen Könige herrschen" und die Machthaber Gewalt gebrauchen und „so soll es nicht sein unter seinen Jüngern". Er wußte, Gewalt erzeugt Gewalt, und der Starke, der eine Burg einnimmt, muß sich wappnen gegen siebenfach größere Macht, um den Raub zu verteidigen. Darum war er kein Gewaltpolitiker, aber die höchste Macht und Gewalt, die es gibt, und die stärker ist als Maschinengewehre und Terror, hat er doch in den Dienst seiner Politik gestellt, die Gewalt der Religion. Nationalistische oder gar chauvinistische Anwandlungen wird man bei ihm vergebens suchen, obwohl er sein Volk Israel mit ganzer Seele liebte. Man findet vielmehr bei ihm nur das Streben zu einer wahrhaft religiös begründeten Gemeinschaft, die er das Reich Gottes nannte. Insofern ist er Politiker größten Stils und steht auf einer Linie mit den Propheten, deren größter er ist.

Wir aber wollen nicht fürchten, daß wir unser religiöses Heiligtum prophanieren, wenn wir in der Stunde der höchsten Not unseres Volkes damit in die politischen Tagesfragen eintreten. Religion ist der Mutterschoß unseres Innenlebens und der Mutterschoß unseres Gemeinschaftslebens. Es gibt nur eine Forderung, die an Wichtigkeit alle anderen politischen Forderungen übertrifft, sie fordert die religiöse Wiedergeburt.

Wir wenden uns damit an alle christlich-religiös denkenden Kreise unseres Volkes, sind auch nicht abgeneigt, darüber hinaus altgläubige jüdische Elemente bei uns aufzunehmen, denn auch dem Judentum ist die ethische Richtung der Religion eigen, was man an den Propheten des alten Testaments studieren kann. Ja, die prophetische Art der Politik erscheint uns geradezu als die ideale Politik, die wir im Sinne haben.

Eine solche Politik würde aber auch sofort in eine natürliche Frontstellung zu allen übrigen Parteien treten. Wir haben gesehen, daß allen eine gewisse Weltanschauung zugrunde liegt. Diese Weltanschauung ist auch dort entscheidend für die Gesamtpolitik. Es ist aber in keinem Falle die christliche Weltanschauung, die uns hier begegnet, selbst innerhalb der rechtsstehenden Parteien nicht, obwohl diese auch die christliche Religion und Kirche in ihr Programm aufgenommen haben. Denn als Parteien gründen sie sich nicht auf die christliche Religion, sondern auf ein anderes Prinzip, entweder das der modernen Kultur oder das des modernen Staates. Sicherlich ist die Stellung der Deutschnationalen Partei zur christlichen Religion eine aufrichtig gemeinte; sicherlich ist es das ehrliche Streben, auch hier der christlichen Religion die nötige Unterstützung im Staatsganzen zu verleihen. Aber das nationale und staatliche Grundprinzip ist nicht notwendig, nicht organisch verbunden mit dem christlichen Glauben. Ich kann Deutschnationaler sein, auch von einem ganz anderen Boden der Weltanschauung aus. Daher kann die Partei niemals solchen Mitgliedern den Zugang wehren, auch wenn sie in Massen zu ihr eintreten, die zum Christentum keinerlei positive Beziehung haben. Ganz und gar aber ist es unbefriedigend, wenn innerhalb einer solchen an sich religiös-indifferenten Partei ein „Ausschuß" für Religion, wohl gar nur für konfessionell-protestantische Religion, gegründet wird, der sich ihrer Pflege annehmen soll. Damit stellt die Partei die Religion selbst als einen Teil ihres Programms hin, nicht als ihre Wurzel oder als ihr Fundament. Wir kommen darauf noch zurück.

Übrigens ergibt sich eine notwendige Abgrenzung gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei auch vom politischen Gesichtspunkte aus. Nicht jeder evangelische Christ wird der Sonderpolitik dieser Partei zustimmen können, so z. B. sehr viele Glieder der christlichen Gewerkschaften nicht. Wie aus politischen Erwägungen heraus gerade gegenwärtig viele Katholiken, die früher der Zentrumspartei angehörten, nun zur Deutschnationalen Volkspartei übergegangen sind, so treten jetzt viele Evangelische aus dem alten konservativen Lager heraus und suchen nach einer Partei, der sie sich als christliche Demokraten oder als christliche Sozialpolitiker anvertrauen können. Es ist daher überaus kurzsichtig, wenn die Anhänger der genannten Partei es zwar begrüßen, daß sich ihnen Katholiken anschließen, es aber als ungehörig ausgeben, wenn Protestanten mit Katholiken grundsätzlich zusammen wirken wollen.

Je weiter wir sodann nach links blicken, um so loser wird der Zusammenhang mit der christlichen Religion, bis er schließlich auf der äußersten Linken zum erklärten fanatischen Gegensatz wird.

Eine „Christliche Volkspartei" würde also von hier aus dem Zusammenhang der übrigen Parteien sich als etwas ganz Eigentümliches und durchaus Notwendiges eingliedern. Sie müßte sich einstellen, wenn sie noch nicht da wäre. Aber sie ist schon da, wenn auch unter dem alten Namen, unter dem Namen des „Zentrums". Wir begrüßen es durchaus, daß der alte Name bestehen bleibt, da er so als Sammelname für alle religiösen Kräfte mit Einschluß auch des Judentums wirksam sein kann. Unter diesem Namen hat die Partei bekanntlich eine Geschichte hinter sich, in der sie wesentlich Vertreterin der katholischen Kirche und ihrer Interessen gewesen ist. Das lag in der Entwicklung der Reichsgeschichte begründet, besonders aber in dem sogenannten „Kulturkampf", durch den diese Partei in eine oppositionelle Stellung gegen die „protestantische Vormacht Preußen" hineingetrieben wurde. Grundsätzlich aber hat die Partei stets ihren interkonfessionellen Standpunkt vertreten, d. h. den allgemeinen christlichen, und sie hat jetzt seit dem Ausbruch der Revolution erkannt, wo ihre Aufgabe liegt, nämlich in der Richtung einer religiösen Wiedergeburt des deutschen Volkes.

Unser Volk kann nur mit Hilfe einer solchen inneren und innersten Selbstbesinnung wieder aufgerichtet werden, mit Hilfe der Religion. Das geschieht aber so, daß die im Christentum vorhan-

denen, gleichsam eingeschlossenen geistigen Kräfte politisch im höchsten Grade mobil gemacht werden müssen. Unsere Politik muß darauf gehen, daß das Volk für das Christentum gewonnen wird und daß das Christentum dem Volk erschlossen wird. Das kann nicht bloß auf dem Wege der kirchlichen Verkündigung des Christentums erreicht werden, das muß jetzt auch auf dem Wege der Politik versucht werden, denn gerade auf diesem letzten Wege ist das Volk sozialisiert worden, d. h. materialisiert, es ist auf demselben Wege dem Mammonismus und Liberalismus überantwortet worden. Es ist ferner einem unchristlichen Chauvinismus und Imperialismus in die Arme getrieben worden. Kurz, die ganze Volksseele ist von anti- und unchristlichen Kräften verderbt und vergiftet und sie muß wieder gesund gemacht werden. Darum genügt es nicht, daß wir nur eine „ideale" Politik, eine Politik des allgemeinen Idealismus der Kultur, der Sittlichkeit, der Vaterlandsliebe treiben. An „Idealismus" ist im deutschen Volke wahrhaftig kein Mangel gewesen, am wenigsten 1914! Aber auch jetzt nicht. Tausend ideale Geister sind an der Arbeit, auch gegenwärtig. Es wetterleuchtet nur so von idealen Programmen, Wünschen, Forderungen. Was uns viel mehr not tut, ist nüchternes, gesundes Seelenbrot, ist Religion. Nur aus Religion und durch Religion kann unser Volk genesen. Darum heißt es: Das Christentum als maßgebende Volksreligion hinein in die Politik, hinein ins öffentliche Leben! Alle christlich fühlenden Männer und Frauen an die Front! Es gilt den Kampf gegen Sozialismus, Mammonismus, Imperialismus! Es gilt den Wiederaufbau unseres zerrütteten Volks- und Staatslebens!

---

2. Kapitel.

Konfession und Politik.

Wir treten nunmehr aus der Region der allgemeinen Betrachtungen in das lebendige und wirkliche Leben, d. h. in die Politik selbst. Solange wir bloß von Religion redeten, bewegten wir uns in der Sphäre einer gewissen Abstraktion eines Allgemeinbegriffs, dem keine unmittelbare konkrete Wirklichkeit entspricht. Jetzt aber, wo wir von Konfession reden wollen, steht diese Religion als handgreifliche Wirklichkeit vor uns und scheint nun erst als politischer Faktor geeignet, sich mit den anderen politischen Faktoren zu messen. Aber ist dem wirklich so, ist Religion wirklich nur ein bloßes Abstraktum, ein blutleerer Begriff ohne allen realen Inhalt? Das würde uns doch in eigentümlichen Widerspruch gegen unsere eigenen Ausführungen bringen. Wir haben immer wieder zu betonen, daß die Religion die Wesenstiefe des menschlichen Geistes- und Gemeinschaftslebens ausmacht, daß sie die lebendige Heilquelle ist, an der der kranke Organismus des Gemeinschaftslebens genesen kann. Wir haben sie unausgesetzt zu behandeln als eine höchste Realität, die stärker ist als alle anderen Realitäten der Welt, die in dem Streit der Realitäten, d. h. in der Politik das entscheidende Wort zu sprechen hat. Und nun soll sie wiederum ein bloßer allgemeiner Begriff sein?

Allein, es verhält sich hier genau wie auf anderen Gebieten, etwa auf dem der Musik oder der Malerei. Wir reden z. B. von Musik und verstehen darunter ebenfalls etwas Wirkliches, für die menschliche Gemeinschaft überaus Wertvolles, und doch existiert diese Musik in Wirklichkeit nirgends; sie existiert nur in bestimmten Kompositionen, Liedern u. dgl. Musik im allgemeinen gibt es nicht. Aber bestimmte musikalische Werke gibt es. Ebenso ist es mit der Farbe. Wenn wir von Farbe sprechen, so meinen wir darunter etwas ganz Bestimmtes, durchaus Wirkliches, und doch gibt es keine Farbe „an sich", sondern immer nur ganz bestimmte Farben,

rot, grün u. dgl. Musik, Farbe, — das sind also Realitäten und doch wiederum nur Abstraktionen, die wir notwendig vollziehen. Sie sind das, was in allen Erscheinungen derselben Art sich wiederfindet. Das Gemeinsame in allen bestimmten Farben nennen wir eben Farbe, und das Gemeinsame in allen bestimmten Tonwerken nennen wir Musik.

Genau so verhält es sich mit den beiden Begriffen Religion und Konfession. Die Religion existiert an sich nirgends, sondern immer nur in bestimmten, geschichtlich gewordenen religiösen Organismen, d. h. in Bekenntnissen oder in Kirchen. Das nun, was allen Bekenntnissen gemeinsam ist und was in allen zugleich wirksam ist, das nennen wir Religion. Aber wir müssen uns stets bewußt bleiben, daß dieses Gemeinsame an und für sich gar nicht existiert. Das müßten sich die Politiker besonders merken, die wohl auch immer gern den Mund voll nehmen von „Religion", dabei aber etwas meinen, was mit keiner Kirche etwas zu tun hat, ja was im eigentlichen Gegensatz gegen alle Kirchen steht. Es gehört mit zum Stil des modernen Literaten, daß er sich gern als den Anwalt aller „echten und wahren" Religion hinstellt, dabei aber im Brustton die kirchliche Form weit von sich stößt. Es ist das also ein Standpunkt, den wir durchaus als falsch verwerfen müssen.

Haben wir damit auf eine innige Verwandtschaft von Religion und Konfession hingewiesen, so sei nun doch auch ebenso stark auf die Unterscheidung aufmerksam gemacht, und gerade die Politik ist es, in welcher das Verschiedene dieser Begriffe handgreiflich in die Augen springt.

Diesen markanten Unterschied drücken wir kurz und formelhaft in dem gewiß paradoxen, überraschenden Satz aus, daß wir sagen: So unabweislich und gebieterisch Religion und Politik zusammengehören, ebenso gebieterisch und unabweislich sind Konfession und Politik zu trennen.

Die Begründung ergibt sich bei einigem Nachdenken sehr leicht. Wir verstehen, wie gesagt, unter Konfession eine bestimmte, geschichtlich gewordene religiöse Organisation. In dieser hat sich die Religion, die wir als eine allgemeine Lebenskraft vorstellen

wollen, einen Leib geschaffen, und in diesem Leib führt sie ein in sich abgeschlossenes lebendiges Leben. Solange wenigstens der Leib oder die Organisation zusammenhält, solange sie nicht der Auflösung oder Zersetzung anheimfällt, solange kann auch die Religion in ihr lebendig und kräftig sein. Auf jeden Fall umfaßt eine solche kirchliche Organisation ein abgegrenztes Gebiet innerhalb eines Volksganzen. Man kann niemals sagen, daß alle Menschen oder alle Volksglieder so notwendig zu dieser oder jener bestimmten kirchlichen Organisation gehören müssen, wie sie zur Religion überhaupt gehören. Daß Religion da sei in irgendeiner Form, ist ein Satz für alle, aber daß eine bestimmte Religion für alle da sei, das kann nicht so ohne weiteres gelten. Allerdings beansprucht jede bestimmte kirchliche Organisation, daß sie die wahre, absolute, vollkommene Verwirklichung und Erscheinung aller Religion sei. Das tut nicht bloß die katholische Kirche, das tut selbstverständlich jede andere kirchliche Gemeinschaft auch. Insofern ist jede kirchliche Religion notwendig bis zu einem gewissen Grade intolerant und es ist höchst kurzsichtig, wenn die Protestanten den Katholiken Intoleranz vorwerfen. Das tun auch meistens nur solche Protestanten, die in nur losem, oder wohl gar keinem Verhältnis zu ihrer eigenen Kirche stehen, die also selbst gar keine bestimmte Überzeugungskraft verspüren. Wir sehen also, daß zu einer jeden kirchlichen Organisation die feste Abgrenzung und die intensive Zusammenziehung religiösen Lebens unbedingt hinzugehört.

Wenn dies richtig ist, und niemand wird es bezweifeln, dann versteht es sich ganz von selbst, daß keine kirchliche Gemeinschaft oder Konfession ihre Forderungen, die sie bezüglich der Pflege ihres eigenen Lebens aufstellt, so geltend machen kann in einem Volk, als wenn sie ganz allein da wäre. Eine solche Kirche vertritt ja immer nur einen Teil des Volkes und nicht das ganze. In den gesetzgebenden Körperschaften aber des Volkes versammeln sich bekanntlich nur diejenigen Männer, die über solche Gesetze beraten wollen, die dem ganzen Volke dienen sollen. Und da ist es eben das Wesen und die Aufgabe der Politik, daß sie den Aufbau oder Wiederaufbau des ganzen einheitlichen Volkes im Sinn hat. Politik, die es nur mit einem Volksteil zu tun hat, ist Interessenpolitik und als solche undurchführbar. Es versteht sich

zwar von selbst, daß jeder Politiker auch die Interessen bestimmter Klassen und Stände vertreten kann und darum auch die Interessen bestimmter religiöser Gemeinschaften. Aber immer soll ein Politiker sich in erster Linie als Staatsbürger fühlen und als solcher das Wohl des ganzen Volkes im Auge haben. An einer einseitigen Interessen-, Standes- oder Konfessionspolitik würde unser Volk politisch bald zugrunde gehen!

Von hier aus ist deutlich, daß eine katholische oder protestantische Politik ein Unding ist. Es gibt zwar sogenannte Kirchenpolitik auf beiden Seiten, aber sie hält sich eben innerhalb der Grenzen einer kirchlichen Gemeinschaft und hat hier alsdann ihren guten Sinn. Aber katholische Reichspolitik oder protestantische Reichspolitik schließt einen unhaltbaren Widerspruch in sich selbst ein. Es kann, wie gesagt, sehr leicht dahin kommen und steht auch nicht im Widerspruch damit, wenn eine Politik sich einer bestimmten kirchlichen Gemeinschaft annimmt, zumal wenn diese von der Gesetzgebung eines Volkes bedrängt wird. Dies war bekanntlich der Fall im sogenannten Kulturkampf, bei dem das Zentrum sich der katholischen Kirche kräftig annahm. Aber dabei hat dasselbe Zentrum besonders unter dem klarsehenden Blick Windthorsts stets die Devise ausgegeben, daß es eine „interkonfessionelle Partei" sei. Man hat auf politischer Seite dies vielfach belächelt und bespöttelt, hat es sogar als Doppelzüngigkeit und Unwahrhaftigkeit hingestellt. Allein es ist nur die Kurzsichtigkeit und teilweise Blindheit des Gegners, die wohl psychologisch verständlich ist, doch aber seinem politischen Scharfsinn keine Ehre macht, wenn sie zu solchen Urteilen kommt.

Im übrigen müßten sich aber auch alle evangelischen Politiker, die es mit ganzem Herzen sind und sein wollen, selbst sagen, daß eine evangelische Partei, etwa eine evangelisch-demokratische oder wie man sie sonst nennen wollte, schlechterdings im Parlament unmöglich ist. Konfessionelle Politik kann man einmal nicht treiben. Man verwickelt sich dabei in unheilvolle Widersprüche. Eine religiös interessierte Politik muß durchaus interkonfessionell sein, wenn sie ihren allgemein völkischen, staatsrechtlichen Charakter behalten will.

Dasselbe gilt natürlich auch von einem parteipolitischen „Ausschuß" für Fürsorge und Pflege konfessionellen religiösen Lebens.

So statuiert man große Ausschüsse für dies und jenes Teilgebiet öffentlichen Lebens, wie z. B. für die Kunst, aber unmöglich für die Religion. Denn die Religion als solche ist nur Motiv, Triebkraft, nicht Gegenstand der Politik, und die Konfession ist niemals Gegenstand derselben. „Die Kirchen regeln ihre Angelegenheiten selbst"!

Wie töricht wäre es doch auch, wenn man im Parlament Anträge einbrächte, die nur aus dem Sondergut einer bestimmten Konfession sich ergeben, etwa wenn die Katholiken fordern wollten, daß die protestantische Ehe vor dem Gesetz ungültig wäre oder wenn die Protestanten fordern wollten, daß gewisse katholische Orden im Reich nicht zugelassen werden sollten. Zu welchen unhaltbaren Zuständen das in einem Parlament führen würde, wenn die einzelnen Konfessionen ihren naturgemäß gespannten Zustand in den Parlamenten auf dem Wege der Gesetzgebung stabilieren wollten, das läßt sich leicht denken.

Etwas anderes wäre es, wenn der Staat als solcher aus gewisser Staatsnotwendigkeit heraus, aus dem Interesse der Selbsterhaltung eines Volkes in das Leben einer bestimmten Konfessionskirche eingreifen wollte. Theoretisch ließe sich das hören und bekanntlich hat man protestantischerseits den Kulturkampf auf diese Weise zu rechtfertigen gesucht. Allein die Protestanten werden es die Katholiken vergeblich glauben zu machen versuchen, als ob dies lediglich aus Gründen des Staatswohles geschehen wäre. Wir müssen es einer jeden Kirche überlassen, daß sie in ihren Lebensäußerungen mit dem Staatswohl nicht in Konflikt kommt. Es liegt ja auch im Interesse einer jeden Kirche, daß sie in solchen Formen ihr Leben führt, die nicht nur keinen Anstoß erregen im Volksganzen, sondern die vielmehr diesem als segensvoll sich darstellen.

Konfessionelle Politik ist also ein Unding. Was die einzelnen Konfessionen für Wünsche haben, müssen sie unter sich ausmachen. Sie mögen ihre kirchliche Verfassung so einrichten, daß sie hier zu einer lebendigen Ausgestaltung ihres Sonderlebens kommen. „Die Kirchen verwalten ihre eigenen Angelegenheiten selbst", so lautet der demokratische Satz, der schon auf dem Frankfurter Parlament geltend gemacht wurde, der aber dann in der preußischen Verfassung einige Jahre später fallen gelassen wurde. Dieser Satz enthält die ganze Wahrheit, die bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche

zu Recht besteht. Ein leuchtendes Vorbild bietet uns in dieser Beziehung Amerika. Hier sind die Konfessionen in großer Zahl vorhanden, aber alle verwalten ihre Angelegenheiten schlechterdings selbst, und keine denkt daran, sich im Parlament durch besondere Abgeordnete vertreten zu lassen oder etwa auf dem Wege der Gesetzgebung allgemeinen Einfluß zu erhalten. Trotzdem aber ist die ganze Gesetzgebung Amerikas von einem tief-religiösen Geist erfüllt und beseelt. Eben das, was allen Konfessionen gemeinsam ist, das, „was die Musik macht", was das Menschenherz erquickt, die Erhebung der Seele zu Gott, das ist es auch, was überall in dem freien Lande der Union zu reicher, schöner Blüte gelangte. Wie tief beschämend ist es doch für uns Deutsche z. B. zu hören, daß der amerikanische Kongreß nach der Verfassung nicht zusammentreten darf, ohne daß der Präsident die Sitzung mit Gebet eröffnet und wie tief beschämend auf der anderen Seite, daß wir von einem konfessionellen Hader, wie er bei uns in Deutschland verwüstend und vergiftend die Gemüter erregt, nichts oder nur sehr wenig hören. Die unvermeidlichen kirchlichen Kämpfe vollziehen sich außerhalb des politischen Lebens. Aber freilich, der konfessionelle Hader bei uns lag ja auch begründet in dem allzu starken, gesetzlich gebundenen Verhältnis zwischen Staat und Kirche, wonach der Staat ein Hoheitsrecht über die Kirche ausübte. Kein Wunder, wenn dabei die rivalisierenden Konfessionen sich in den Parlamenten und sonst in den politischen Versammlungen darüber unausgesetzt beklagten, daß der Staat die eine Konfession bevorzuge und die andere benachteilige. Kein Wunder, wenn die sogenannte „Parität" des Staates niemand zufriedenstellen konnte, weil der Staat es keiner Seite recht zu machen verstand. Sobald dieses Paritätsproblem gelöst ist — und es ist gelöst mit Einführung des republikanischen Staates — hört auch dieser Konflikt auf. Die Katholiken und Protestanten haben vom Staat in der Politik nichts mehr zu fordern, haben ihm nichts mehr vorzuwerfen und sich selber darüber nicht mehr zu zanken, daß der eine „mehr" bekommt, als der andere. Sie können fortan als freie Kirchen im freien Staat nebeneinander leben und haben ihre gesamten konfessionellen Angelegenheiten schiedlich, friedlich unter sich selbst abzumachen. Ihre Konfession geht die hohe Politik nicht das

mindeste an, es sei denn, daß der Staat in irgendeiner Zufallslaune in das Gebietsrecht einer bestimmten Kirche hineingreift und ihre Bewegungsfreiheit lähmt. In diesem Falle wird nicht nur die angegriffene Konfession, sondern werden alle Konfessionen einmütig bereit sein, dagegen zu protestieren.

Man wird einwenden, daß doch vielleicht auch die Religion nicht ohne weiteres als allgemeines völkisches Interesse hingestellt werden könne, da offenkundig weite Volksteile sich als „Dissidenten" oder als „konfessionslos" bezeichneten. Einer Zeitungsnotiz nach, die kürzlich durch die Blätter ging, sollen sich sogar 30 Prozent unserer Abgeordneten zur Nationalversammlung dazu rechnen. Angenommen, das wäre richtig, dann dürfte keine Partei die Religion als völkische Angelegenheit in ihr Programm überhaupt aufnehmen. Als Konzession gegenüber einer bestehenden „Kirche", die immerhin noch ein ansehnliches Kontingent von Volksgenossen in sich schließt, dürfte eine solche „Auch-Religions-Politik" schwerlich politisch zu rechtfertigen sein. Die streng durchgeführte Neutralität der Staatsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften gegenüber allen religiösen Bestrebungen, wie sie die Sozialdemokratie in ihrem Erfurter Programm beobachtet wissen will, dürfte dann die allein „ehrliche" Politik in dieser Beziehung sein. Eine solche Neutralität ist indes illusorisch, da in der Praxis der Partei Religion zwar Privatsache ist, aber Unreligion Parteisache. Allein es findet sich nun doch, daß selbst in Dissidentenkreisen zugegeben wird, daß so irgend etwas wie „Weltanschauung" doch zum Wesen des denkenden Menschen hinzugehöre. Kein Mensch kommt ohne alle „Metaphysik" aus. Seine Gedanken über den Sinn und Zweck des Lebens macht sich schließlich jeder. Und wem drängte sich des Daseins Rätsel nicht wenigstens stundenweise machtvoll auf? Der Fehler des Dissidententums besteht darin, daß man zwar Religion an sich nicht ablehnt, Konfession hingegen verneint. Man nennt sich nicht „religionslos", sondern „konfessionslos". Sonst ist der Standpunkt richtig, daß „der Staat ein Heide ist", der keine Konfession gesetzlich zu beschützen hat.

Nun, es soll uns genügen, wenn nur dies zum allgemeinen Ausgangspunkt genommen wird, wenn also von Staats- und Ge-

setzes wegen dem gesamten Volk in seinem Kulturleben, in seinem Erziehungssystem, in seinem innersten Sein und Fühlen jede Art von „Religion" nahegelegt und anempfohlen wird. Es kann einer Regierung nicht gleichgültig sein, ob ein Volk in den höchsten Lebensfragen stumpf, gleichgültig sich verhält oder im Gegenteil regsten Anteil daran nimmt. Eine jede politische Partei, auch die sozialistische, sollte von hier aus zu dem Schluß kommen, daß zum mindesten alle religiösen Bestrebungen, die ihrer Art und Natur nach notwendig konfessionell bleiben, gefördert und moralisch unterstützt würden. „Privatsache" ist eine jede Religion genau in demselben Gewand, als etwa „mein Geld" „meine Privatsache" ist, darüber ich allein als den Inbegriff aller meiner käuflichen Werte zu verfügen habe. Aber gerade wie dies Geld unmittelbares Staatseigentum ist, staatlich legitimiert und abgestempelt, so, daß es das völkische Wirtschaftssystem trägt, so auch ist „Religion" ein innerer gemeinmenschlicher Wert, den keiner für sich allein haben kann und wirklich hat. Schließlich haben wir alles, auch unsere geistigen und seelischen Werte aus der Gemeinschaft und ohne sie sind und haben wir nichts. Hält man es für unumgänglich, daß sich die Politik mit „Kultur" überhaupt abgibt, dann kann die Religion als wesentliches Element derselben nicht ausgeschlossen werden. Die Forderung der Dissidenten unterscheidet nicht zwischen Religion und Konfession. Sie verwirft mit dieser auch jene. Hier ist eben der Punkt, wo unserer deutschen Politik Klärung not tut. Es gehört freilich dazu ein Maß von religionsphilosophischer Durchbildung, die dem Durchschnittspolitiker, zumal in Deutschland, ganz abhanden geht. Ob sich ein zur Besinnung gelangender Mehrheitssozialismus nicht entschließen könnte, das versteinerte Programm einer vergangenen Epoche in dieser Beziehung zu revidieren? Zu seinem Schaden würde es sicher nicht ausschlagen.

Wir kommen zum Schluß und finden unseren Satz bestätigt, welcher lautete: So unabweislich und gebieterisch Religion und Politik zusammengehören, ebenso gebieterisch und unabweislich sind Konfession und Politik zu trennen.

3. Kapitel.

Die Grundsätze der Religionspolitik.

Was aber sollen wir nun mit dem gewonnenen Ergebnis in der Politik anfangen? Diese Frage möge uns noch zuletzt beschäftigen.

Wir haben gesehn, daß zwar auf der einen Seite die Religion unzertrennlich mit der Politik zusammenhängt, daß sie aber gerade hier nicht als lebendige Tatsache der Geschichte in Betracht kommt, sondern als Abstraktum, als unlebendiger Allgemeinbegriff, eben als „Religion". Auf der anderen Seite aber, wo die Religion als Konfession wirklich zur konkreten geschichtlichen Größe wird, gehört sie nicht in die Politik. Wie sollen wir uns das zusammenreimen? Wie daraus ein politisch brauchbares Programm ableiten? Da, wo die Religion allein in der Politik brauchbar wäre, ist sie nicht zu gebrauchen und da, wo sie zu gebrauchen ist, ist sie nicht faßbar.

In der Tat bezeichnet diese Formel die ganze nicht geringe Schwierigkeit des Problems: Religion und Politik. Die Theoretiker, wie die Praktiker haben diese Schwierigkeit wohl stets sehr stark empfunden, aber sie haben die richtige Formel nicht gefunden, die zur Lösung doch schließlich hinführt. Gemeinhin hat man stets Religion und Konfession miteinander verwechselt oder hat sie so scharf getrennt, als ob alle Konfession eine Abirrung von der echten Religion sei und nur Religion allgemein genommen, die ganze Wahrheit der Sache enthalte. Dann setzte man z. B. einen allgemeinen „Gesinnungsunterricht" anstelle des Religionsunterrichts, den man nicht konfessionell haben wollte. Wenn dann die Gegenseite den strengen Konfessionsunterricht dagegen forderte, erwiderte man nicht ohne Unrecht, daß alle Konfession Angelegenheit der Kirche und nicht des Staates oder der Politik sei.

Wie aber lösen wir die in unserer Formel enthaltene Paradoxie? Wie kommen wir von unserem Standpunkt zu einer nüchternen und handlichen Religionspolitik, die den Boden unter den Füßen behält?

Nehmen wir wieder ein Beispiel aus einem anderen Gebiet, etwa der Wissenschaft. Es ist deutlich, daß diese Wissenschaft gewiß eine bestimmte Macht und Größe darstellt, aber an und für sich bedeutet sie nichts, wenn sie nicht in ganz bestimmten wissenschaftlichen Werken und Forschungsergebnissen in Erscheinung tritt. Es wäre nun undenkbar, daß ein bestimmter Forscher oder Gelehrter seine Meinung politisch durchzusetzen sich bemühte und etwa in der Nationalversammlung fordern wollte, daß sein wissenschaftliches System mit gesetzgeberischer Kraft ausgestattet würde. Jedermann würde diesen Gelehrten für anormal halten. Aber es wäre keineswegs undenkbar, findet vielmehr in Wirklichkeit tatsächlich statt, daß alle Gelehrten, alle Forscher, alle, die überhaupt Interesse an der Wissenschaft haben, gemeinsam ihre Stimmen im Parlament durch den Mund der Parteien geltend machen und den Schutz der Wissenschaft fordern.

Genau so liegt die Sache in unserer Religionspolitik. Nicht eine bestimmte Kirche kann ihre bestimmte religiöse Überzeugung gesetzlich zur Anerkennung bringen lassen, aber wohl können und sollen die Vertreter aller Kirchen, diejenigen, welche Einsicht haben in die Bedeutung der Religion, für das Volksleben gemeinsam zu einer großen Partei sich zusammenfinden und sollen die Forderungen geltend machen, daß überhaupt Religion da ist.

Im Unterschied von der Wissenschaft eignet aber natürlich der Religion eine weitaus umfassendere Bedeutung für die Politik. Denn aus ihr läßt sich ein ganzes politisches Programm ableiten, während für die Politik die Wissenschaft nebenher läuft in ihrem Kulturprogramm und mit wenig Paragraphen abgetan ist. Aus diesem Grunde ist zur Aufrechterhaltung der Wissenschaft keine besondere Partei möglich und nötig, es genügt, wenn die interessierten Parteien zu dem Zweck sich vereinigen zu gemeinsamen Anträgen. Nicht aber ist es genügend in Dingen der Religion, daß die interessierten Parteien sich zu ihrer Pflege hie und da verbinden. Vielmehr

bedarf es einer bestimmten religiösen Partei, welche ihr Programm durchdenkt und vertritt.

Welches ist nun dies Programm einer konsequenten Religionspolitik? Sie stellt also keine bestimmten konfessionellen Forderungen auf, aber sie stellt die Forderung auf, daß überhaupt Religion da sei, und, weil Religion an sich gar nicht existiert, sondern immer nur in Form bestimmter Kirchen, darum fordert unsere Religionspolitik, daß die Arbeit der Kirchen im Staat ungehindert und ungestört vor sich geht. Sie fordert also 1. unbedingte Bewegungsfreiheit für alle Kirchen. Alle Konfessionen treten also zusammen, besonders die beiden großen maßgebenden Konfessionen, die katholische und die protestantische und machen gemeinsam diese Grundforderung geltend, und zwar hat diese Grundforderung nicht nur eine negative, sondern auch eine positive Seite, denn die geforderte Bewegungsfreiheit darf nicht bloß dahin verstanden werden, daß der Arbeit einer Kirche keine Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Sie muß vielmehr dahin aufgefaßt werden, daß der Staat der Arbeit aller Kirchen mit Verständnis und wohlwollend gegenübersteht. Es ist da keine Rede mehr von der alten Staatshoheit, welche mit der einen Hand gibt und mit der anderen Hand nimmt, sondern es ist nur noch die Rede von einer moralischen Unterstützung der Kirchen seitens des Staates, und zwar auf Grund der Einsicht, die wir bei den regierenden Häuptern des Volkes voraussetzen müssen, daß die Religion für ein Volk so notwendig ist, wie das Atemholen für den lebendigen Organismus des Menschen. Mit andern Worten, wir verlangen, daß die Regierung anerkennt, daß die Grundlagen der deutschen Kultur christliche sind. Oder wie kann der Staat von sich aus ohne Unterstützung der Kirche die unbedingt notwendigen sittlichen Kräfte schaffen, die er für das Familien- und Volksleben braucht?

Nun könnte man freilich erwidern: Um solche Religionspolitik wirksam zu machen, braucht es dennoch keiner bestimmten Partei, sondern es genügt, daß irgend eine Partei, die ein bestimmtes politisches oder nationales Programm hat, sich auch der Religion annimmt und sie in ihr Programm aufnimmt. Dies tut

denn auch bekanntlich sowohl die Demokratische Partei, wie die liberale Volkspartei und die deutschnationale. Sie tun es in offensichtlich gesteigertem Maße. Die demokratische mit einigem Zögern, die liberale mit gewissem Wohlwollen, die deutsch-nationale mit Begeisterung. Jedenfalls können wir alle diese Parteien, ohne ihnen nahe zu treten, als „auch Religions-Parteien" charakterisieren. Und wir können uns dieses Tatbestandes selbstverständlich nur von Herzen freuen. Es fragt sich nur, ob damit unseren Forderungen genug geschieht.

Was nun die religiösen Forderungen an sich betrifft, so ist es natürlich ganz gleich, ob die Forderung in dieser oder jener Form vertreten wird, ob es diese oder jene Partei ist, welche sie erhebt, und ob eine bestimmte religiöse Partei zu dem Zweck geschaffen wird oder ob bereits vorhandene Parteien sich dieses Punktes annehmen. Allein, wenn wir tiefer zusehen, so handelt es sich nicht doch bloß um die nackten Forderungen, sondern es handelt sich auch darum, daß diese Forderung immer an rechter Stelle steht.

Damit kommen wir zu dem 2. Punkt unseres Programms. Er lautet: Religion soll nicht nur da sein und gepflegt werden, Religion soll auch als höchstes Anliegen, heiligste Forderung anerkannt sein. Wenn z. B. Konflikte sich ergeben hinsichtlich der Unterstützung der Religion einerseits und der Geltendmachung eines bestimmten nationalen oder wirtschaftlichen Prinzips andererseits, dann muß unter allen Umständen die religiöse Forderung das Übergewicht haben. Das liegt im Wesen der Religion, die als höchstes, letztes Gesetz auftritt. Im Kampf zwischen einem nationalen und einem religiösen Prinzip wird jeder religiös denkende und empfindende Mensch keinen Augenblick im Zweifel sein, wem er mehr gehorchen müßte, Gott oder den Menschen. Der soviel geschmähte „Ultramontanismus" der Katholiken und die so oft hämisch bloßgestellte „nationale Unzuverlässigkeit" ist weiter gar nichts, als ein Zeichen ihrer gesunden und starken Liebe zu ihrer Religion. Evangelische Christen werden genau so handeln und handeln genau so, wenn anders sie wirklich evangelische Christen sind und nicht bloß „Protestanten", deren ganzes Interesse an der Religion sich darin erschöpft, daß sie gegen

„Ultramontanismus" und „Klerikalismus" usw. protestieren, womöglich mit Luthergeste und Lutherzorn. Das bringt uns selbstverständlich religiös nicht einen Schritt weiter. Wer ein inneres Verhältnis zu Gott hat, der weiß, daß er ihm allein Gehorsam schuldig ist. Der alte Ruf an den Erzvater Abraham, seine ursprüngliche Heimat zu verlassen und in ein neues Land zu ziehen, das Gott ihm zeigen wolle, ergeht heute noch in tausend Formen an alle Kinder Gottes auf Erden. Niemals darf in einem Konflikt zwischen „Heimat und Glauben" der letzte unterliegen, auch auf die Gefahr, deshalb für „national-unzuverlässig" verschrieen zu werden. Diese „national-unzuverlässigen Elemente" sind doch solche, die an ihrer Heimat, ihrem Vaterland mit ganzer Seele hängen, oft mehr, als die nur „Nationalen". Noch viel weniger darf in einem Konflikt zwischen dem tiefsten Bedürfnis des Menschenherzens und dem Hunger des Leibes nach Nahrung und Kleidung die Entscheidung auch nur einen Augenblick zweifelhaft sein. Wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, um Geldangelegenheiten, so wissen wir als religiös empfindende Menschen ganz genau, daß wir nicht Gott dienen können und dem Mammon.

Dasselbe gilt von dem Konflikt zwischen der Geisteskultur, als deren maßgebender Vertreter sich der politische Liberalismus gern aufspielt, und der Religion. Hier sind die Konflikte am schärfsten, aber hier sind sie auch am notwendigsten und am heilsamsten. Die Religion ist kein Zweig der menschlichen Kultur, obschon sie des Segens der Kultur auch teilhaftig geworden ist und teilhaftig bleiben will. Kein Wort ist so gefährlich und bedenklich, als das bekannte Wort von Goethe: Wer Wissenschaft und Kunst hat, der hat auch Religion, wer sie nicht hat, der habe Religion. Dies ist das Bekenntnis des religionslosen Kulturidealismus und beweist nur, daß Goethe damals in einer religionslosen Epoche lebte. Später hat er sich bekanntlich anders und tiefer ausgedrückt. Die Religion geht gern Hand in Hand mit der menschlichen Kultur, aber mit einer echten, wahren Kultur, die nicht bloß Verstandeskultur ist und nicht zugleich veredelnd wirkt auf Herz und Gemüt und auf den sittlichen Willen. Es gibt solche verrohende Verstandeskultur; sie erzeugt den Geist des Raffinements im Gelderwerb, im Luxus, im Sinnentaumel. Immer bleibe die Religion Schwester der Kultur, aber die ältere, weisere und überlegene Schwester.

Wir sehen deutlich, daß außerordentlich viel darauf ankommt, daß die Religion nicht nur in der Politik geltend gemacht wird, sondern daß sie auch den rechten Platz bekommt. Sie muß an erster Stelle stehen. Ja noch mehr, an eigentlich leitender Stelle! Aus ihr heraus, wie aus einem obersten Grundsatz, müssen sich alle anderen politischen Ideale und Forderungen ergeben, nicht, als könnten sie alle aus ihr abgeleitet werden wie aus einem Obersatz der Logik, dem alle weiteren Schlüsse entnommen werden. Das würde zu weit führen, denn die politischen inhaltlichen Forderungen des nationalen, des Kultur- des Wirtschaftslebens, sie alle empfangen ihr Material aus den realen Verhältnissen unseres Gemeinschaftslebens selbst. Aber unsere Forderung des religiösen Obersatzes gilt doch insoweit, daß die Religion unmittelbar zu allen Forderungen im einzelnen nachprüfend sich bekennt.

Ich will wieder ein Beispiel gebrauchen. Ein Geschäftsmann wird die Leitung seines Betriebes zweifellos nach rein geschäftlichen kaufmännischen Grundsätzen handhaben. Aber es soll ihm doch dabei nicht als oberster Leitsatz vor Augen stehen, daß er Geld verdienen müsse, sondern hinter diesem Bestreben des Erwerbs stehe als höchstes Leitmotiv seines ganzen Wirkens und Schaffens vielmehr, wenn alles recht bestellt ist, dies: daß er seiner Familie die nötige Existenzgrundlage schaffe und erhalte. Es ist die Liebe zu Weib und Kind, die im Hintergrund treibend und beseelend steht und alles, was diese Liebe stören, trüben, aufheben könnte, wird darum auch von dem ganzen Betriebe ferngehalten. Der Geschäftsmann sollte seinen Betrieb so einrichten, daß sowohl er selbst, wie seine Angestellten immer genügend Zeit haben, ihren Familien zu leben; er sollte ferner einen solchen Ton der Gemeinschaft des Erwerbslebens in seinen Betrieb einführen, daß alle es merken, es handelt sich nicht ums Geld allein, sondern auch um höhere Dinge und so fort. Genau so ist es in dem Verhältnis von Religion und Politik. Wir machen in unserer Religionspolitik die Forderung geltend, daß uns die Gemeinschaft mit Gott und Menschen an allererster Stelle steht. Diese Gemeinschaft soll den ganzen „Staatsbetrieb" beseelen. Das wäre unser höchstes Ideal. Wir müssen alles fernhalten, was hinderlich und trübend dieser Beseelung im Wege steht. Wie leicht aber macht sich das bloße nationalistische Prinzip

durch einen ihm so leicht anhaftenden, harten, selbstsüchtigen Ton störend geltend! Es erzeugt dann jenen kalten Patriotismus, der immer nur an das Ehrgefühl der Nation appelliert, ohne die elementaren Forderungen sittlicher Völkergemeinschaft zu respektieren. Und wie leicht machen sich dieselben Störungen und Trübungen dann geltend, wenn nur eine kalte Verstandeskultur das große Wort haben will oder gar, wenn der bloße Mammon in die Wagschale der Interessen geworfen wird, gegen den auch die innersten und tiefsten Bedürfnisse und Empfindungen von Herz und Gewissen bekanntlich federleicht wiegen.

Ein dritter Programmpunkt unserer Religionspolitik bezieht sich sodann auf die Verfassungsfrage. Es ist für religiöses Empfinden nicht gleichgültig, welche Verfassung sich ein Volk gibt. Und hier ist es keineswegs notwendig diejenige des erblichen Königtums, d. h. der Monarchie, die diesem Empfinden konform ist. Man braucht nur an die alten Verfassungskämpfe Israels zu erinnern, in denen sich die Monarchie gewaltsam und zunächst gegen den Willen der Priesterschaft durchzusetzen hatte. Nach dem Zusammenbruch des Davidischen Hauses infolge unglücklicher Kriegführung kehrte dann das Volk zu einer priesterlichen Verfassung zurück. Die Analogie mit unserer Verfassungslage liegt auf der Hand. Was man immer über das „Gottesgnadentum" denken mag, — auch der Davidischen Dynastie war es mitgegeben — so bedeutet es keineswegs das göttliche Siegel unter der Monarchie überhaupt. Der Verlauf der Weltgeschichte ist vielmehr in diesem einen und anderen Punkt eine Offenbarung des göttlichen Willens. Nimmt man aber das religiöse Bewußtsein in seiner unmittelbaren Einfachheit so, wie es sich selbst darstellt, als Bewußtsein der Abhängigkeit von und Gemeinschaft mit dem höchsten Gott, dem „König aller Könige", dann schwinden alle „erblichen" und angeborenen wie alle anerzogenen Unterschiede des Standes und Berufs innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Nicht, daß sie überhaupt aufhören zu sein, denn Regierende und Regierte müssen selbstverständlich bleiben; aber so, daß ihr Wert ganz anders eingeschätzt wird. Es wird dann vielmehr eine Tendenz der Religion sein, solche Regierenden zu haben, die ihr selbst förderlich und günstig sind. Diese Tendenz wird aber erfahrungsgemäß nicht immer in

einem erblichen Königtum gewährleistet. Vom religiösen Standpunkt wird man daher einer solchen Staatsform doch den Vorzug geben, die in jeder Generation jeweils die geeignetsten und tüchtigsten Männer mit der Regierung betraut. Man wird denn auch, einmal skeptisch geworden, jede Bindung an eine bestimmte politische Partei mit einer ausgesprochen monarchischen Tendenz zu meiden suchen. Die Gunst, welche ein erbliches Königtum erfahrungsgemäß der Religion zuwendet und die in der Zusammenstellung von „Thron und Altar" zum Ausdruck kommt, ist aus Gründen der Selbsterhaltung durchaus verständlich, aber sie ist auch geeignet, im Lande allerhand künstliche Religion, bekleidet mit staatlichen Orden und Vorrechten, zu züchten und im Gegensatz dazu in weiten Volkskreisen Entfremdung von solcher protegierten Religion zu erzeugen. Der wahre Gewinn an Religion, der nicht bestritten werden soll, wird durch diesen doppelten Schaden reichlich aufgewogen. Jedenfalls wird eine demokratische Verfassung der Religion leichter förderlich sein, als eine monarchische, was wiederum Amerika und England beweisen. Das Beispiel Frankreichs kann dagegen nicht als Schreckbild angeführt werden, da es vielmehr der französische Volksgeist in seinen führenden Schichten ist, der in der Stellung der Republik zur christlichen Religion zum Ausdruck kommt, eine Feindschaft, unter der beide Konfessionen zu leiden haben. Es kommt einmal lediglich auf die in einem Volke vorhandene lebendige Energie religiöser Kräfte an, die sich selbstverständlich am besten dann durchsetzen wird, wenn das Volk „sich selbst regiert".

Von hieraus kommen wir zu einem vierten Punkt des Programms, zur Sozialpolitik. Sie hat es mit der Differenzierung der wirtschaftlichen Kräfte einerseits, mit ihrer Ausgleichung andererseits zu tun. Sie wird also einmal alle werktätigen, berufsmäßig gegliederten Volkskreise in Bewegung setzen, und sie wird sodann die so entstehenden allzu großen Unterschiede beim Ertrag der Arbeit, die Unterschiede von „reich und arm", die Unterschiede im Lohn- und Gehaltssystem, zu mildern bestrebt sein. Das große Problem, das beim Zusammenstoß der Privat- und der Volkswirtschaft entsteht, muß und kann nur durch den sittlichen Willen gelöst werden; der Volkswirt allein vermag die er-

lösende Formel niemals zu geben. Den sittlichen Willen aber werden wir in einem Volke niemals lebendig erhalten, wenn wir nicht seine Wurzel pflegen, den religiösen Glauben. Sonst haben wir stets auf der einen Seite die „skrupellose" Gewinnsucht, den Mammonismus, und auf der entgegengesetzten Seite den ebenso skrupellosen „Spartakusgeist", dem jedes Mittel erlaubt erscheint, um zu seinem „Recht" zu kommen. Wer aber an dieses Problem mit religiösen Voraussetzungen herantritt, der wird den allein innerhalb der Religion bodenständigen Satz von der wahren „Brüderlichkeit", der Gleichheit und der daraus entstehenden Gleichwertigkeit aller Menschen keinen Moment aus den Augen verlieren, und seine Sozialpolitik wird ebenso sehr das anerschaffene Streben des einzelnen berücksichtigen, wie das Gesamtwohl der Masse. Vor allem wird er dafür sorgen, daß niemand Not leidet im Volke. Wenn je in einem Punkt in der Gesamtpolitik, so ist hier mit Theorien und Grundsätzen am wenigsten geholfen, sondern allein durch einen gemeinsamen Volkswillen, wie ihn wiederum allein die Religion erzeugt.

Endlich ein letzter Punkt, wohl der brennendste in der Gegenwart: die Frage der auswärtigen Politik, der Sicherung der Nation im Zusammenleben der Völker. Die beiden möglichen Wege sind einmal die Politik der Macht und Gewalt, sodann die Politik der Verbrüderung. Beide dürften in dieser Einseitigkeit utopisch sein; der erste ist es für uns Deutsche jedenfalls auf Jahrzehnte hinaus. Es muß also ein Mittelweg gesucht werden. Aber auch hier sind die Theorien des Völkerrechts und des Völkerbundes leichter aufgestellt, als gehandhabt. Auch hier kommt es auf den Volksinstinkt an, zu jeder Zeit den richtigen Weg zu finden. Ihn wird aber der Instinkt dann finden, wenn der Wille, der Geist eines Volkes richtig geleitet ist. Ohne religiöse Grundlage wird der Instinkt immer wieder zwischen obigen Extremen einer „chauvinistischen" „imperialistischen" Politik und einer internationalen Verbrüderungspolitik hin und her gerissen werden. Der religiöse Instinkt dagegen rechnet ebenso sehr mit der Tatsache, daß alle Völker gleichwertig sind, ein gleiches Existenzrecht haben, auch die Minoritäten unter ihnen, wie er damit rechnet, daß immer in allen die „Sünde" wohnt, das Prinzip des Egoismus und der Unterdrückung.

Er wird ebenso sehr stets willig und bereit sein, die Hand zum „Völkerbund" zu bieten, als er bereit sein wird, den Unterdrückern Widerstand zu leisten. Soll es aber, wie gegenwärtig, dahin kommen, daß ein großes Volk ohnmächtig und wehrlos dasteht, einer Welt von Feinden gegenüber, die ihm Macht, Einfluß und Ehre nehmen. Dann kann nur die Religion das Volk aufrecht halten, seine Demütigung zu ertragen und ohne Haß und Rachsucht sich aus sich selbst wieder stark zu machen. Zeigen wir den Völkern solchen Geist, dann haben wir moralisch den Sieg über sie davongetragen. Im übrigen können wir warten. „Gottes Mühlen mahlen langsam" . . .

Dies wären nun die wesentlichsten programmatischen Leit- und Grundsätze unserer Religionspolitik. Hinzu nun treten weitere Vorteile, die für das Zusammenleben der christlichen Konfessionen noch besonders in Betracht kommen. Eine Religionspartei, wie wir sie erstreben, wird nämlich

1. die beiden Konfessionen einander näherbringen, selbstverständlich nicht, um ihre Unterschiede irgendwie zu verwischen, sondern nur um vom gemeinsamen Boden aus gemeinsame Gegner zu überwinden. In dieser Beziehung haben wir nichts anderes im Auge, als den großen Gewinn des Weltkrieges für die Zukunft zu sichern.

2. Sie wird gerade dazu dienen, daß das kirchliche Leben auf beiden Seiten gehoben und gefördert wird. Anstatt daß sie zu Religionsmengerei führt und zu einem „Harmoniedusel", wird gerade diese Religionspolitik das Eigenleben auf beiden Seiten kräftig unterstützen. Wir sind eben nicht Romantiker alten Schlages, daß wir uns miteinander verbrüdern und ineinander aufgehen wollen. Wir sind vielmehr ganz nüchterne, scharf sehende Realpolitiker, deren erste Forderung zu Anfang unserer Untersuchung lautete: daß wir klare Begriffe in der Politik handhaben. Nirgend mehr aber ist die Unklarheit der Begriffe so allgemein verbreitet und so verwirrend, als gerade auf dem Gebiet der Religionspolitik. Für die Katholiken insonderheit würde der politische Zusammenschluß mit den Evangelischen zur Folge haben, daß nicht nur das Prinzip der Zentrumspartei endlich mit voller Konsequenz in der Politik vertreten werden würde, sondern daß auch der katholische Volksteil für die Segnungen des evangelischen Glaubenslebens

Verständnis gewönne. Umgekehrt würde der Protestantismus ohne Zweifel nur gewinnen können, wenn er anfinge, vorurteilslos die katholische Religion zu studieren, wie dies z. B. mehrfach A. v. Harnack gefordert hat.

3. Unsere gemeinsame Religionspolitik kann das Ergebnis haben, daß die so unendlich zersplitterten religiösen Kräfte des Protestantismuß endlich einmal unter eine große gemeinsame Parole zusammengefaßt werden können. Wir haben im Protestantismus außerordentlich viel reges Leben, aber es ist bekanntlich zusammenhanglos in Gemeinschaftsgruppen, Parteien, Vereinen und sonstigen Organisationen zersplittert. Noch ist es nicht gelungen und wird auch nicht so leicht gelingen, alle diese Bestrebungen nach einer einzigen Richtung hin politisch zusammenzufassen. Dazu geht die Spaltung zu tief ins innerste Herz der Frömmigkeit hinein. Nur in einer solchen politischen Vereinigung, welche auch die katholische Konfession unter sich begreift und welche ganz allgemein, wie wir es ausgeführt haben, die Religion selbst zum Grundsatz erhebt, lassen sich auch die zersplitterten Kräfte des Protestantismus wieder vereinigen.

4. Dabei wird dann freilich, das ist nicht zu verkennen, eine Scheidung des Protestantismus von seinem bisherigen Bundesgenossen, dem religionslosen Idealismus und Liberalismus, notwendig sein. Der Protestantismus muß sich auf seine religiöse Wurzel zurückziehen. Er muß vor allen Dingen das Bündnis mit einer religionslosen Kultur kündigen, welches er in den Tagen des Kulturkampfes eingegangen ist in der vermeintlichen Absicht, auf diese Weise einen vernichtenden Schlag gegen die katholische Kirche zu tun, während er in Wirklichkeit bei solchem Bündnis selbst lendenlahm geworden ist. Unsere Religionspartei, d. h. die Christliche Volkspartei, ruft alle wahrhaft religiösen Kräfte im evangelischen Volke auf zu gemeinsamem politischen Handeln und stößt alle entgegengesetzten unzuverlässigen Elemente von sich ab. Es wird gewiß noch viel Selbstüberwindung und viel schmerzvolle Loslösung von dem alten Bundesgenossen geben. Aber der Schnitt ist unabweislich, selbst die noch so ausgesprochene „Auch-Religionspolitik" kann uns nicht genügen. Hier gilt das Wort: Laßt die Toten ihre Toten begraben, du aber komm und folge mir nach!

Die innerlich Lebendigen müssen zusammenhalten. Die Herzen, die da warm sind, müssen zusammenschlagen. So werden wir dann den Liberalismus nötigen, sich selbst zu entscheiden, zumal den theologisch kirchlichen. Denn gerade dieser hat nur zu ausgesprochen zwei Seelen in seiner Brust, und er weiß meistens nicht recht, welche von den beiden Seelen eigentlich die seine ist. Das macht ihn so zwiespältig, so unfruchtbar und läßt ihn so leicht auf jede Kampfparole gegen den „Klerikalismus und Dogmatismus" hereinfallen.

Es gilt jetzt, eine große politische Gesinnungsgemeinschaft herzustellen, wie früher das Zentrum wesentlich für den katholischen Volksteil eine solche war und unerschütterlich als solche bestanden hat. Das neue Zentrum, seit es sich aus den Eierschalen einer rein „katholischen Fraktion" entwickelt hat, verspricht eine solche auf breiter christlicher Grundlage errichtete Gesinnungsgemeinschaft. Sie fehlte uns in der Politik, die viel zu ausschließlich eine Politik der Interessen, der Grundsätze, der Stimmung war. Das „Volk" im ganzen und großen folgt lieber instinktiv denen, zu denen es um der Gemeinsamkeit der Lebensanschauung willen zuversichtliches Vertrauen hat, als denen, die ihm den Himmel auf Erden versprechen.

Was uns jetzt bitter not tut, ist Erneuerung der Volkskraft von innen heraus und von hieraus Wiederaufbau des Staatslebens. Dazu müssen die edelsten, wertvollsten Kräfte der Nation zusammenhalten, in erster Linie die religiös-sittlichen Kräfte.

Und alle, die es angeht, mögen die Hand legen an den Pflug und nicht zurücksehen.